

Eidgenössische Steuerverwaltung
Eigerstrasse 65
3003 Bern

Bern, 31. Mai 2021
VL Tonnagesteuer / CW

Per Mail an: vernehmlassungen@estv.admin.ch

Bundesgesetz über die Tonnagesteuer auf Seeschiffen
Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

FDP.Die Liberalen begrüsst grundsätzlich die Einführung einer Tonnagesteuer auf Seeschiffen, welche als alternative Methode zur Ermittlung der Gewinnsteuer dienen würde und gleich lange Spiesse mit dem Ausland schaffen würde.

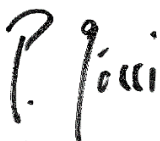
Zahlreiche europäische Länder wenden die Tonnagesteuer bereits an, welche bei rentablen Unternehmen zu einer vergleichsweise tiefen Steuerbelastung führt. Mit der Einführung der Tonnagesteuer würde die Schweiz einen bestehenden Wettbewerbsnachteil gegenüber diesen Ländern beseitigen und international wettbewerbsfähig bleiben. Somit würde sich das Abwanderungsrisiko dieser hochmobilen Seeschiffahrtsunternehmen reduzieren und Arbeitsplätze bleiben gesichert. Die FDP begrüsst insbesondere die Verknüpfung ökologischer Kriterien mit steuerlichen Ermässigungen in der vorliegenden Vorlage. Somit werden Anreize gesetzt, um beispielsweise auf ein umweltfreundliches Antriebssystem umzustellen und wirksame Massnahmen zugunsten der Umwelt zu ergreifen.

Es bestehen jedoch Zweifel, dass das gewählte System zielführend ist. Hinsichtlich der Praxistauglichkeit sollte die Berechnungsmethode geändert werden, so dass die Messung per Tonnage und nicht per Schiff verwendet wird. Die aufgeführten Voraussetzungen, um sich der Tonnagesteuer unterstellen zu können, schliessen de facto die meisten Schiffunternehmen in der Schweiz aus. Dies ist insbesondere auf die Vorgabe bezüglich der Beflagung zurückzuführen. Auch wenn die Tonnagesteuer auf Freiwilligkeit basieren soll, stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, ob ein Systemwechsel sich lohnt, wenn nur so wenige Schiffunternehmen davon profitieren würden. Der Bundesrat wird daher aufgefordert, die Voraussetzungen in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Branchen zu überarbeiten.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse
FDP.Die Liberalen
Die Präsidentin

Die Generalsekretärin



Petra Gössi
Nationalrätin



Fanny Noghero